

**Niederschrift**  
**Öffentliche Sitzung des Ausschusses für Soziales, Jugend und Frauen**  
**DER STADTVERORDNETENVERSAMMLUNG**  
**DER UNIVERSITÄTSSTADT MARBURG**

---

<b>Sitzungstermin:</b>	Mittwoch, 14.02.2007
<b>Sitzungsbeginn:</b>	17:00 Uhr
<b>Sitzungsende:</b>	18:40 Uhr
<b>Ort, Raum:</b>	35037 Marburg, Sitzungssaal Hohe Kante, Barfüßerstraße 50, Eingang Hofstatt

---

**Anwesend waren**

**vom Ausschuss:**

Frau Gottschaldt, Eva Christiane	Marburger Linke
Frau Gottschlich, Hannelore	CDU
Herr Kissel, Winfried	CDU
Frau Mertins, Barbara	SPD
Frau Perabo, Dr. Christa	B 90 / Die Grünen <i>-vertreten durch Hr. W. Schäfer-</i>
Herr Dr. Rausch, Ulrich	SPD
Herr Sauer, Florian	CDU
Herr Sawalies, Torsten	FDP
Frau Seelig, Johanna	SPD
Herr Severin, Ulrich	SPD
Herr Weber-Hofmann, Reinhard	B90/Die Grünen

**vom Magistrat:** Bürgermeister Herr Dr. Kahle, Stadträtin Frau Dr. Weinbach

**vom Seniorenbeirat:** Herr Weiershäuser

**von der Agenda Soziales:** Frau Bastan-Bahreini

**von der Verwaltung:** Frau Volkert, Frau Siegel-Engelmann, Frau Winter, Herr Meyer

**Vom Ausländerbeirat:** Frau Kobla-Andela

**von der Presse:** Frau Ntemiris (Oberhessische Presse), Herr Ungemach (Marburger Neue Zeitung)

**Protokoll:**

Der stellvertretende Vorsitzende, Herr Severin, eröffnet die Sitzung, begrüßt die Anwesenden, stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest.

Gegen die Tagesordnung werden keine Einwände erhoben.

**TOP 1 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 13.12.2006**

Gegen die Niederschrift der Sitzung vom 13.12.2006 werden keine Einwände erhoben.

**TOP 2 Antrag der CDU-Fraktion betr. Neubau eines Kindergartens in Bauerbach  
Vorlage: VO/1073/2007**

Frau Gottschlich weist darauf hin, dass der Punkt 2 des Antragstextes "*...mit dem Bau des Kindergartens unbedingt noch in 2007 zu beginnen.*" gestrichen wurde.

Danach spricht sie für den Antrag und merkt insbesondere an, dass sich die Planungen schon seit Jahren hinziehen und ein Neubau immer noch nicht in Sicht sei.

Bürgermeister Dr. Kahle entgegnet, dass aufgrund der Entwicklung der Kinderzahlen in Bauerbach derzeit kein Neubau mehr favorisiert werde. Ein Neubau war ursprünglich als Möglichkeit für die Stadtteile Ginseldorf und Bauerbach angedacht. Da für Ginseldorf mittlerweile eine andere Lösung gefunden wurde, wird es ein Neubau alleine für Bauerbach eher nicht geben.

Auch Frau Siegel-Engelmann vom Fachdienst Kinderbetreuung hält aufgrund der Zahl der zu betreuenden Kinder eine Erweiterung/einen Neubau für nicht erforderlich.

Die aktuellen Überlegungen tendieren zu einem Trägerübergang (Fleckenbühl), der aller Wahrscheinlichkeit nach zum neuen Kindergartenjahr erfolgen kann. Mit dem Ortsbeirat sei kommuniziert, dass über räumliche und/oder sonstige Veränderungen dann mit dem neuen Träger und der Elternschaft weitere Planungen, ggf. unter Einbeziehung bereits vorhandener Gebäude, angegangen werden.

**TOP 3 Antrag der CDU-Fraktion betr. Einrichtung einer Jugendkulturcard  
Vorlage: VO/1074/2007**

Frau Gottschlich erläutert die Vorlage für die Antrag stellende Fraktion. Stadträtin Frau Dr. Weinbach spricht für den Magistrat.

Mehrere Ausschussmitglieder weisen neben Frau Dr. Weinbach darauf hin, dass es zum Einen schon eine Vielzahl von Vergünstigungen gibt, die Jugendliche über die Ermäßigungen für Schülerinnen und Schüler gerade auch im kulturellen Bereich erhalten können. Zum Anderen macht die Herausgabe eines eigens für Jugendliche vorgesehenen Newsletters in Anbetracht der Angebotsfülle und der bereits vorhandenen Informationsmöglichkeiten wenig Sinn.

Nach Kissel stellt den Antrag daraufhin zurück.

**TOP 4 Antrag der CDU-Fraktion betr. die Initiative „Jugendrechtshaus“  
Vorlage: VO/1076/2007**

Herr Sauer erläutert die Vorlage für die Antrag stellende Fraktion.

Grundsätzlich begrüßen alle Ausschussmitglieder die Initiative zur Einrichtung eines Jugendrechtshauses in Marburg.

Da nicht allen Mitgliedern des Sozialausschusses die konzeptionellen Vorstellungen

gen, deren finanzielle Auswirkungen sowie deren Einbettung in bereits bestehende Netzwerke der Initiative "Jugendrechtshaus" bekannt sind, wird vorgeschlagen, den Antrag zusammen mit dem am 08. März 2007 tagenden Jugendhilfeausschuss zu beraten und dort darüber zu beschließen.

Der Antrag wird somit in den Jugendhilfeausschuss verwiesen.

#### **TOP 5 Bericht des Magistrats über die Umsetzung der Tagespflegesatzung und die Gespräche mit den Tagespflegepersonen**

Herr Bürgermeister Dr. Kahle berichtet, dass es sowohl Gespräche als auch Schriftwechsel mit dem Verein Tagesmütter Marburg gegeben habe.

Dissens besteht weiterhin hinsichtlich der Höhe der Bezahlung der Tagesmütter, wobei aus seiner Sicht sich die Summe der Beträge unterm Strich nicht wesentlich verändert habe, sondern lediglich eine Umstellung im Finanzierungssystem stattfand.

Bürgermeister Dr. Kahle betont mehrfach, dass keine Tagesmutter verpflichtet sei, einen Vertrag mit der Stadt Marburg abzuschließen. Zu bedenken sei allerdings, dass das neue System für die Tagesmütter auch Vorteile habe.

Aktuell haben 2 Tagesmütter die Vereinbarung mit der Stadt Marburg unterschrieben. Da dies erst kürzlich erfolgt ist, können noch keine Aussagen über deren Zufriedenheitsgrad mit der Zuwendungsvereinbarung getroffen werden.

Nachfragen zu einzelnen Punkten, wie z.B. versicherungsrechtliche Aspekte, Geldflüsse, Berechnungsgrundlagen u.a., werden von Bürgermeister Dr. Kahle, Frau Siegel-Engelmann und Herrn Meyer beantwortet.

Insgesamt bleibt festzuhalten, dass die Auseinandersetzungen mit dem Verein Tagesmütter Marburg im Augenblick noch nicht beigelegt sind, dass aber in weiteren Gesprächen eine Einigung angestrebt wird.

#### **TOP 6 Verschiedenes**

1. Stadträtin Frau Dr. Weinbach weist auf das als Tischvorlage verteilte Konzept für eine Kommunale Altenplanung in der Universitätsstadt Marburg hin, das auf der nächsten Sitzung des Sozialausschusses behandelt werden sollte.

2. Eine Sachstandsnachfrage bezüglich des "Streites" zwischen der Stadt Marburg und dem Landkreis Marburg-Biedenkopf hinsichtlich des Antrages der Familienbildungsstätte zur Finanzierung eines Mehrgenerationenhauses beantwortet Stadträtin Frau Dr. Weinbach dahingehend, dass der Landkreis sein Veto mittlerweile zurück genommen habe.

Die Schuld an der Verwirrung sieht Bürgermeister Dr. Kahle bei der Regiestelle in Berlin, die nicht mitbedacht habe, dass es zumindest in Hessen neben den Landkreisen und kreisfreien Städten auch noch Sonderstatusstädte gibt.

Nach Aussage von Stadträtin Frau Dr. Weinbach fanden mittlerweile auch schon erste Gespräche zwischen der Familienbildungsstätte und der Gemeinde

Dautphetal statt.

**Marburg, 27.02.2007**

**Stellvertr. Vorsitzender:**

**Ulrich Severin  
Stadtverordneter**

**Protokoll:**

**Sonja Volkert**